

# Newsletter Antira-Watch

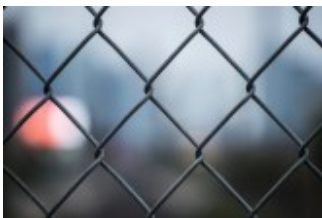
## #19: Abschiebemoratorium jetzt!



Ein schwieriges Jahr geht seinem Ende zu – ein Jahr, das durch die Corona-Pandemie und insbesondere am symbolgewordenen Elend auf Moria wieder einmal verdeutlichte, wie Deutschland und Europa die Menschenrechte und Menschenwürde von Geflüchteten systematisch und absichtlich missachten. Sprossen im März noch leise Hoffnungen auf eine staatliche Solidarität mit den Marginalisierten während der Pandemie, die durch leere Abschiebeknäste und gestoppte Abschiebungen genährt wurden, folgte alsbald die Ernüchterung angesichts der Untätigkeit sämtlicher Regierungen gegenüber der Zustände auf den griechischen Inseln und auf dem Mittelmeer. Auch die teilweise völlig unzureichenden Hygienebedingungen in den deutschen Erstaufnahmeeinrichtungen, die sich teilweise zu Corona-Hotspots entwickelten, aber dennoch nicht zugunsten dezentraler Unterbringung aufgelöst worden sind, verdeutlichten einmal mehr, dass von der Pandemie eben nicht alle Menschen gleichermaßen betroffen sind, es also etwa für Geflüchtete kaum Möglichkeiten gibt, sich vor dem Virus zu schützen und Abstand zu halten.

In den vergangenen Wochen hat sich durch die steigenden Inzidenzzahlen, aber maßgeblich ebenfalls aufgrund neuerlicher Abschiebungen nach Afghanistan und der ab Januar 2021 wieder möglichen Abschiebungen nach Syrien, die Lage nochmals verschärft.

Eine Zusammenfassung der aktuellen Brennpunkte:



### Abschiebemoratorium jetzt!

Während der ersten Welle der Corona-Pandemie waren Abschiebungen auch in Sachsen faktisch ausgesetzt.

Seit Juli 2020 sind Abschiebungen von Geflüchteten aus Sachsen jedoch wieder gang und gäbe (siehe [Drs 7/4200](#) [http://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok\\_nr=4200&dok\\_art=Drs&leg\\_per=7&pos\\_dok=1&dok\\_id=undefined](http://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok_nr=4200&dok_art=Drs&leg_per=7&pos_dok=1&dok_id=undefined)), auch der Abschiebeknast wird seitdem wieder genutzt.

Im September und November mussten wir besonders heftige Abschiebungen zur Kenntnis nehmen. So erfolgten Anfang September nachweislich mehrere Abschiebungen nach Georgien, im Zuge derer Familien getrennt worden sind, was anschließend für Spannungen innerhalb der sächsischen Regierungskoalition sorgte, die sich im Koalitionsvertrag eigentlich darauf verständigt hatte, keine Abschiebungen mit Familientrennung durchzuführen. Konsequenzen ergaben sich hieraus selbstredend nicht.

Im September erfolgte ebenfalls die Abschiebung zweier Menschen mit Behinderung (<https://www.saechsischer-fluechtlingsrat.de/de/2020/09/08/pm-vier-trennungen-und-ein-koalitionsvertrag-weitere-grundrechtsverletzungen-bei-abschiebung-nach-georgien/>).

Durch eine weitere Sammelabschiebung nach Georgien am 10. November kam es wiederum zu einer Familientrennung und dem neuerlichen Versuch, eine Minderjährige zum Zwecke der Abschiebung nachts aus einer Jugendhilfeeinrichtung abzuholen, obwohl Georgien massiv vom Coronavirus betroffen ist und das Auswärtige Amt von nicht notwendigen Reisen in das Land explizit abrät.

Die Antworten auf meine Kleinen Anfragen zu dieser Abschiebung offenbaren die rigorose Linie des sächsischen Innenministeriums: Die Verantwortung wird im Fall der Jugendlichen auf die Mitarbeiter\*innen der Dresdner Jugendhilfeeinrichtung übertragen, die das Mädchen „auf die drohende Abschiebung vorzubereiten“ und die Jugendliche der Polizei „möglichst ruhig zu übergeben gehabt hätten“. An den Beschluss des Dresdner Jugendhilfeausschuss, bei Abschiebungen das gesetzlich verbriefte Kindeswohl zu berücksichtigen, fühlt sich die Landesregierung nicht gebunden (vgl. Drs 7/4587 [http://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok\\_nr=4587&dok\\_art=Drs&leg\\_per=7&pos\\_dok=1&dok\\_id=undefined](http://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok_nr=4587&dok_art=Drs&leg_per=7&pos_dok=1&dok_id=undefined)).

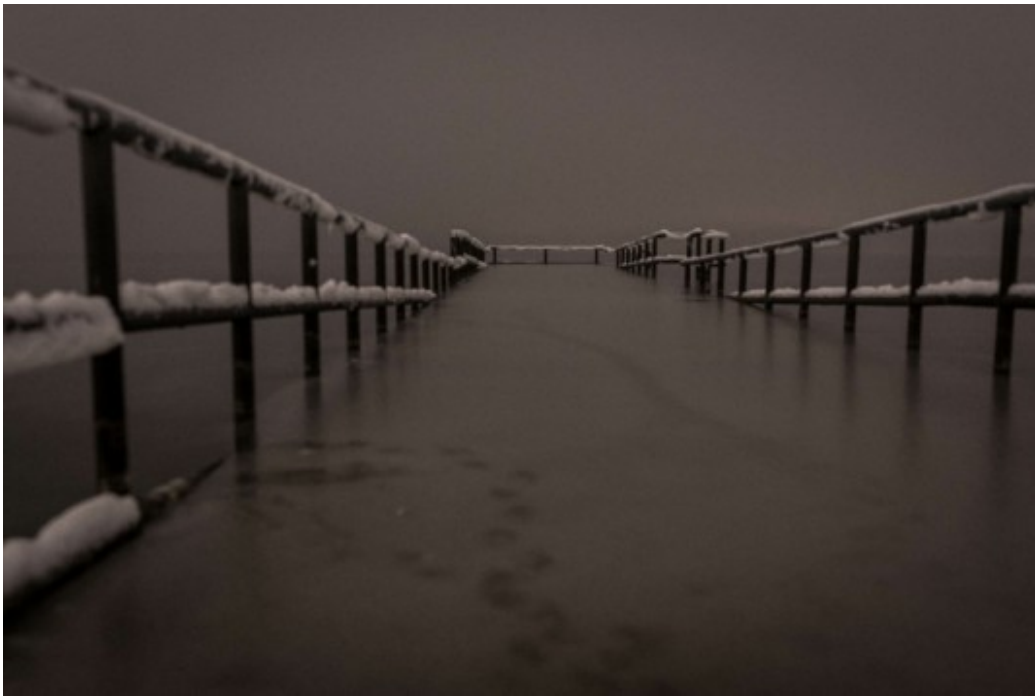
Darüber hinaus wurden bei der Sammelabschiebung nach Georgien 20 Kinder und eine Schwangere abgeschoben. Bei drei Personen wurde die Abschiebung am Flughafen abgebrochen, weil die Kapazität des Charters überschritten war. (siehe Drs 7/4586 [http://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok\\_nr=4586](http://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok_nr=4586)).

In diese Kette der Inhumanität reiht sich mit der Hebamme Adelina ein weiterer trauriger Fall der Ausweisung berufstätiger und integrierter Menschen ein. Adelina arbeitete als dringend benötigte Hebamme und lebte seit sechs Jahren in Deutschland, was sie jedoch nicht davor bewahrte, gemeinsam mit ihrem Mann in den Kosovo abgeschoben zu werden (<https://jule.linxxnet.de/hebamme-adelina-zurueckholen-schluss-mit-der-abschiebung-bestens-integrierter-und-berufstaetiger-menschen-25-11-2020/>). Ihre Unterstützer\*innen haben eine Petition gestartet, um Adelina nach Deutschland zurückzuholen (<https://www.openpetition.de/petition/online/hilfe-fuer-hebamme-adelina>).

Eine Kleine Anfrage im Sächsischen Landtag, die der Innenminister bis zum 23.12. beantworten muss, widmet sich der Frage, ob die Leipziger Behörde ihrer Informationspflicht nachgekommen ist, Adelina und ihren Mann über alle aufenthaltsrechtlichen Optionen unvoreingenommen zu beraten.

Fest steht, dass Abschiebungen, erst recht von berufstätigen und integrierten Menschen während einer sich zuspitzenden Pandemie, eklatantes Unrecht sind und bleiben! Deshalb fordert die Linksfraktion im Sächsischen Landtag ein Abschiebemoratorium, solange die Pandemie läuft und die Versprechen der „Humanisierung“ von Abschiebungen im Koalitionsvertrag nicht eingelöst sind (<https://jule.linxxnet.de/sachsen-muss-abschiebungen-aussetzen-solange-die-pandemie-laeuft-und-bis-koalitionsversprechen-eingeloest-sind-13-11-2020/#more-21619> & Drs 7/4473 [http://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok\\_nr=4473&dok\\_art=Drs&leg\\_per=7&pos\\_dok=&dok\\_id=268289](http://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok_nr=4473&dok_art=Drs&leg_per=7&pos_dok=&dok_id=268289)).

Am 16. Dezember 2020 sind trotz der akuten Bedrohung vor Ort und der grassierenden Corona-Pandemie Menschen nach Afghanistan abgeschoben worden – dies ist die erste Abschiebung dieser Art seit März 2020! Wir hatten die Verantwortlichen in Sachsen im Vorfeld aufgefordert, die bundesweit organisierte Abschiebung, die allerdings ab dem Flughafen Leipzig-Halle vollzogen wurde, zu stoppen - unser Appell, die betroffenen Menschen während der Pandemie nicht ins laut Global Peace Index gefährlichste Land der Welt zu verbringen, verhallte jedoch ungehört (<https://jule.linxxnet.de/am-16-dezember-drohende-sammelabschiebung-nach-afghanistan-stoppen-10-12-2020/>). Unter den insgesamt 50 Abgeschobenen befand sich ein junger Mensch aus Sachsen.



## Etablierte Integrationsprojekte in Sachsen vor dem Aus

Etablierte Träger der Geflüchteten-Arbeit in Sachsen stehen mit ihren Projekten scheinbar vor dem Aus. Allein im Landkreis Leipzig haben nach Information der Linksfraction vier Projekte Ablehnungen für die Finanzierung ihrer Vorhaben im Jahr 2021 erhalten. Darunter befindet sich neben Bon Courage e.V. ebenfalls das Netzwerk für demokratische Kultur Wurzeln. Aber auch Träger wie die Villa mit ihrem Projekt „Willkommen in Leipzig“ und das AZ Conni in Dresden mit ihrem Kontaktcafé zur Wohnraumvermittlung, Beratung und Nachbegleitung erhielten Ablehnungsbescheide.

Seit 2016 werden über die Förderrichtlinie „Integrative Maßnahmen“ Teil 1 zivilgesellschaftliche Projekte zur Unterstützung und Teilhabe von Geflüchteten finanziert. So konnte sich über die Jahre ein Netz aus wichtigen Anlaufstellen entwickeln. In den kommenden beiden Jahren sollen im Landeshaushalt im Teil der Richtlinie jeweils 11,5 Millionen Euro Fördermittel bereitgestellt werden. Das Antragsvolumen beträgt für das Jahr 2021 und zum Teil bis 2023 allerdings 57 Millionen Euro!

Die Linksfraction Sachsen fordert, dass die Förderrichtlinie „Integrative Maßnahmen“ Teil 1 erheblich aufgestockt wird, damit die benannten Projekte und weitere im kommenden Jahr ihre Arbeit fortsetzen können. Dazu werden wir in der Haushaltsdebatte einen konkreten Vorschlag vorlegen. Wir fordern zudem, dass die Projektförderung für zentrale Maßnahmen zu einer Strukturförderung weiterentwickelt wird. Ein Integrationsgesetz, wie wir es 2019 vorgelegt haben, könnte Basis für eine solche dauerhafte Förderung sein.

Nicht zuletzt muss die Entscheidung über die Vergabe der Mittel endlich transparent gestaltet werden. Es kann nicht sein dass die SAB als Bank die inhaltlichen Entscheidungen über die Förderung von Projekten trifft. Wir fordern, dass die Förderentscheidungen der „Integrativen Maßnahmen“ zukünftig von einem Beirat gefällt werden, in dem Vertreter\*innen aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Parlament arbeiten. Dies ist sowohl beim Förderprogramm „Weltoffenes Sachsen“ als auch bei den Partnerschaften für Demokratie in den Landkreisen und Kreisfreien Städten der Fall.

Zur gesamten Pressemitteilung: <https://jule.linxxnet.de/etablierte-integrationsprojekte-in-sachsen-vor-dem-aufstockung-der-foerderrichtlinie-integrative-massnahmen-dringend-noetig-21-12-2020/>

Von Ablehnungen betroffene Projekte können sich sowohl beim Netzwerk Tolerantes Sachsen [buero@tolerantes-sachsen.de](mailto:buero@tolerantes-sachsen.de), als auch der Linksfraction im SLT [juliane.nagel@slt.sachsen.de](mailto:juliane.nagel@slt.sachsen.de) melden.

## Für ein Ende des Elends auf Moria



Bereits lange vor dem Brand des Elendslagers Moria auf Lesbos forderten wir von der sächsischen Regierung, endlich Verantwortung für das Schicksal der dort leidenden Geflüchteten zu übernehmen und ein eigenes Landesaufnahmeprogramm für die Aufnahme von 500 Menschen aus den EU-Lagern auf den griechischen Inseln aufzulegen, so wie es Thüringen und Berlin sowie später auch Bremen offensiv gegenüber dem Bundesinnenministerium einforderten.

Doch Schwarz-Grün-Rot wiegelte ab und zog sich auf die Aufnahmebereitschaft von insgesamt 145 Geflüchteten zurück. Armselig!

Während der Berliner Senat im November beschloss, Klage gegen die sture Blockadehaltung des Bundesinnenministers Horst Seehofer einzureichen, die willigen Kommunen bisher die Aufnahme zusätzlicher Geflüchteter verwehrt (<https://taz.de/Senat-will-Innenminister-verklagen!/5725534/>), verharrt Sachsen weiterhin in geduldiger Haltung.

Währenddessen erreicht der Winter das Lager Moria 2 (Kara Tepe), wo über 7.000 Menschen eingepfercht leben müssen. Zahlreiche auf das Festland verbrachte Geflüchtete leben derweil in katastrophalen Verhältnissen auf den Straßen der Städte.

Von den 2.750 Menschen, deren Aufnahme Deutschland zugesichert hatte, sind bis dato lediglich 1.291 Menschen angekommen (<https://www.ulla-jelpke.de/2020/12/schutzsuchende-aus-den-horrorlagern-auf-den-griechischen-inseln-evakuieren/>).

In Sachsen waren es zum 3. Dezember 2020 sogar gerade einmal 61 Personen (davon 19 aus dem im März von der Bundesregierung zugesagten Aufnahmekontingent vulnerabler Personen, 11 unbegleitete Minderjährige und 31 schon im Griechenland anerkannte Geflüchtete aus dem nach dem Brand von Moria zugesagten Kontingent, siehe Drs 7/ 4027 [http://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok\\_nr=4027&dok\\_art=Drs&leg\\_per=7&pos\\_dok=1&dok\\_id=undefined](http://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok_nr=4027&dok_art=Drs&leg_per=7&pos_dok=1&dok_id=undefined) und Bundestagsanfrage der Grünen <https://dserver.bundestag.de/btd/19/250/1925072.pdf>).

Drei Monate nach der emotionalen Debatte um die Aufnahme von Geflüchteten aus den Elendslagern auf den griechischen Inseln ist klar: Die Ankündigung von SPD und Grünen, sich für die Aufnahme von mehr als 145 Personen in Sachsen einzusetzen, war scheinbar nur heiße Luft.

## Neue linXXnet-Kampagne: Still not loving Police



Zum Schluss in eigener Sache:

Vor einigen Tagen hat das linXXnet unter dem Titel „Still not loving Police“ eine Kampagne samt zugehöriger Website gestartet, welche sich mit Fokus auf Sachsen und Leipzig den aktuellen Problem- und Diskussionsfeldern polizeilicher Arbeit und Struktur widmet. Hierzu haben wir Materialien aus mehreren Jahren zusammengetragen, welche unter anderem den Themenkomplex „Polizei und Antirassismus“ anhand der Waffenverbotszone im Leipziger Osten, fehlender Präventionsinstrumente gegen Racial Profiling sowie mangelnder Bereitschaft zur interkulturellen Öffnung der Polizei beleuchten.

Alle Infos gibt's unter <https://linxxnet.de/kampagne/>



Im Namen der Linksfraktion Sachsen wünsche ich viel Kraft,  
viel Durchhaltevermögen, weiterhin viel Empathie & Herzblut  
bei dem Engagement für eine offene und solidarische Gesellschaft.

linXXnet - Brandstraße 15 - 04277 Leipzig - [www.linxxnet.de](http://www.linxxnet.de)

Abbestellen!

